

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Anzeigenpreis:**  
Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bez. 2, zuherh. 25 J., Reich. 3, 80 J. mit Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%, Einschlag, Dichte u. Auskunftsbeitrag 20 J. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nichterfolgens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Herausgabe erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.  
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.  
Für tel. Nachr. wird keine Gewähr übernommen

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im In- und Ausland. 1.88 m. Postzuschlag. Perle frei. Preis einer Nummer 10 J.  
In Fällen d. Verfall tritt kein Anspruch auf Erstattung der Zahlung ob, auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, sowie Agenturen u. Ausdruckerinnen gegen Entgelt entgegen.  
Verleger: Nr. 4.  
Verantwortl. Red. Dr. A. Mecklenburg. Druckerei: (Calden) D. Strauß. Für die Schriftleitung verantwortlich: D. Strauß in Neuenbürg.

Nr. 165.

Montag, den 19. Juli 1926.

84. Jahrgang.

### Deutschland.

**Stuttgart, 18. Juli.** (Benannt für abgebaute Beamte.) Bei der Ministerien des Innern und der Finanzen ist darüber Bescheid gegeben worden, daß von einzelnen Dienststellen über abgebaute Beamte und Angestellte, die sich um eine Anstellung im Privatdienst bewerben, Auskunft verweigert und keinen Bescheid über die Fortkommen erteilt werden sollen. Die Minister machen dabei in einem gemeinsamen Rundschreiben darauf aufmerksam, daß gegen die Erteilung von Zeugnissen an ausgeschiedene Angestellte und Beamte nichts einzuwenden sei; erklären sich ferner damit einverstanden, daß in ihrer Stelle nicht nur bei den abgebauten Beamten, sondern auch bei den sonstigen ausgeschiedenen Beamten, Angestellten und Arbeitern verfahren wird. Ueber noch im Dienst befindliche Beamte dürfen Zeugnisse im allgemeinen nur auf Antrag anderer Behörden ausgestellt werden, jedoch in solchen Fällen in der Regel die Form einer einfachen Auskunft und nicht die eines für den Beamten bestimmten Zeugnisses zu wählen.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

**St. 17. Juli.** In den Einsprüche des General Walch, welcher vornehmlich in Bonn die "kernierte Polizei" militärisch-ähnlichen Vorzeichen, die von Polizeioffizieren geleitet werden, hält die "Kölnische Zeitung" fest, daß es in Bonn überhaupt keine kernierte Polizei gebe.

Soldaten, ein auf dem Heimweg begriffenes Mädchen. Einer der Soldaten sprang plötzlich auf das Mädchen zu, packte es am Arm mit den Worten: "Nix promenad!" und als es den Soldaten zurückließ, griff dieser nach seinem Seitengewehr, jedoch sich das Mädchen nur durch schnelle Flucht retten konnte. Am Abend desselben Tages gegen 8 Uhr wurde ein Mädchen in der Ringstraße von vier französischen Soldaten vom Hab heruntergeholt. Kurz darauf packte einer von diesen Soldaten ein anderes Mädchen, das mit seiner Freundin spazieren ging, am Arm, zerriß es herum und als das Mädchen sich frei zu machen suchte, verpackte er ihm mit der Faust einen Stoß auf den Magen, jedoch es, sich vor Schmerz krümmend, zu Boden fiel. Ferner wurde an diesem Abend vor dem Weidenburger Tor ein Mädchen, das mit zwei Bekannten spazieren ging, von einem vorübergehenden Soldaten an die Brust gepackt. Als das Mädchen sich dies verbat, machte der Soldat unzüchtige Gebärden. Gegen 9 1/2 Uhr wurden Frauen und Mädchen, die an dem französischen Automobilpark vorbeikamen, von Soldaten, die sich innerhalb des Gitters befanden, der den Automobilpark gegen die Straße abschließt, durch unzüchtige Gebärden und Jurste belästigt.

**Strasburger gegen Privatagent Ruge.**  
München, 16. Juli. Der Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht in München übermittelte der "Bayerischen Staatszeitung" eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß der durch das Volksgericht in München im Jahre 1923 wegen Vergehens der Aufforderung zum Morde in Sachen Baar-Zweigenauer zu einem Jahre Gefängnis verurteilte Privatagent Dr. Arnold Ruge in einer an das Volksgericht München gerichteten Strafanzeige die Bedeutung angeht, daß der das Ermittlungsverfahren gegen ihn leitende Staatsanwalt Stumpf habe durch Beeinflussung einer Reihe von Jungen seine richterliche Pflicht als politischer Agent verletzt, um das Verbrechen einer rechtskräftigen Verurteilung vorbeizuführen und die in der Voruntersuchung aufgestellten Tatsachen zum Zwecke der Rechtsbeugung geistert. Das Verfahren gegen Staatsanwalt Stumpf ergab, daß die Anzeige völlig grundlos und wider besseres Wissen erhoben wurde. Der Strafantrag des Oberstaatsanwalts beim Oberlandesgericht München gegen Ruge wurde zurückgezogen, nachdem Ruge erklärt hatte, daß er die gegen Staatsanwalt Stumpf gemachte Vorwürfe nach nochmaliger sorgfältiger Überlegung des Sachverhalts nicht aufrechterhalten könne und deshalb die Anschuldigungen mit dem Einspruch des Bedauerns zurücknehme. Nachdem Ruge in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderatsausschusses des Reichstags vom 5. Juli 1926 gelegentlich seiner Vernehmung als Zeuge den Vorwurf der Fälschung der Akten und des Bestaltens über seine Vernehmung gegen den Staatsanwalt Stumpf wiederholt und durch seine weitere Versicherung, einen solchen Vorwurf kann nur der Staatsanwalt Stumpf annehmen" den letzteren beleidigt hat, hat der Oberstaatsanwalt gegen Ruge Strafantrag gestellt und den Staatsanwalt beim Landesgericht München I mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

**Besprechung zwischen Marx und Gehler.**  
Berlin, 17. Juli. Reichsminister Marx hat sich im Laufe des gestrigen Tages mit dem Reichsminister Dr. Gehler, der ihn während seiner Rheinlandreise vertreten hatte, in Verbindung gesetzt. Marx und Gehler haben dabei die schwedischen Fragen besprochen und in diesem Zusammenhang auch die Noten des General Walch berührt. Es heißt, bei der Reichsregierung bestehe nicht die Absicht, vor der Rückkehr des Generalobersten von Seeck und des Reichskommissars für die Entwaffnung des Generalleutnants v. Pawel, an eine nähere Behandlung der Noten heranzutreten.

**Ausland.**  
Warschau, 17. Juli. Die ersten sechs von Frankreich gelieferten Bombenflugzeuge für die polnische Armee sind in Warschau eingetroffen. Am ganzen sollen beschleunigt bis Ende August 30 Bombenflugzeuge aus Frankreich an Polen zur Ablieferung kommen.

**Washington, 17. Juli.** Die deutsche Botschaft in Washington erhielt eine Warnung gegen die Spezifikation mit Kontingen und Obligationen in der früheren deutschen Regierungsbürgung. Staatssekretär Mellon erklärte, das Schicksal sei ebenfalls von beträchtlichen Spekulationen in der alten deutschen Währung, die wertlos sei, unterrichtet. Er sagte weiter, daß die amerikanische Regierung nicht unternehmen könne, um denen zu helfen, die ihr Geld derartig angelegt hätten.

**Trochbriele an Caillaux.**  
Paris, 17. Juli. Aus einem Rundschreiben, das Caillaux an die Beamtenliste erläßt, erklärt man von Trochbriele, die Caillaux in den letzten Tagen von Beamten der Finanzverwaltung erhalten hat. Caillaux erklärt, daß er in Zukunft keinerlei Disziplinlosigkeit mehr dulden werde. Er sei überzeugt, daß gewisse Vorfälle der letzten Tage sich nicht mehr wiederholen würden, und daß seine Mitarbeiter ihn nicht in die peinliche Notwendigkeit versetzen würden, gegen sie energisch vorzugehen. In dem Augenblick, in dem das Land sich die schweren Opfer auferlege, wolle er der Unterföhung aller Beamten, besonders der Beamten der ihm unterstellten Finanz- und Steuerverwaltung, sicher sein. Caillaux betonte, daß er sich schon seit fast zwanzig Jahren die Interessen der Beamten vertreten habe und daß von ihm jetzt eine Milliarde zur Erhöhung der Beamtengehälter vorgesehen sei. Diese Milliarde bedeute für die ganze Nation ein ungeheures Opfer. Die Beamten müßten sich hiervon Rechenschaft ablegen.

**Das zweite Kabinett Briand gestürzt.**  
Paris, 17. Juli. Das französische Kabinett ist gestürzt. Als heute Abend in der Kammer der Antrag gestellt wurde, in die Einzelberatung über die Regierungsvorlage zur Finanzreform einzutreten, stellte Briand die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 200 gegen 243 Stimmen abgelehnt. Die Minister verließen sofort den Saal. Das Abstimmungsresultat rief im Saal außerordentliche Erregung hervor. Ein Abgeordneter der Rechten rief: "Montag wird das Kabinett sterben auf 300 Leben." Die Kammer beschloß, am nächsten Dienstag eine neue Sitzung abzuhalten. Ueber die Nachfolge kann kein Zweifel bestehen; sie wird Briand angeboten werden, und dieser wird diesmal den Auftrag zur Regierungsbildung übernehmen müssen. Die Minister begaben sich noch heute Abend ins Elisee, um dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu überreichen.

**Briand will nicht mehr.**  
Paris, 17. Juli. Das Demissions schreiben der Minister des Kabinetts Briand ist sehr kurz gehalten. Es heißt darin, daß infolge der Abstimmung der Kammer die Mitglieder des Kabinetts nicht länger in der Lage seien, die Mission zu erfüllen, die ihnen der Präsident der Republik anvertraut hätte. Um 8 Uhr 15 trafen die Mitglieder des Kabinetts im Elisee ein und wurden vom Präsidenten sofort empfangen. Um 8 Uhr 40 verließ Caillaux als erster das Elisee. Er sagte zu den Journalisten: "Es gibt kein glücklicheres Gefühl als das meine." Briand blieb bis 9 Uhr beim Präsidenten der Republik. Er erklärte sodann den Journalisten, daß er um keinen Preis eine neue Regierung bilden werde. Niemand dürfe die Hoffnung hegen, daß er sein eigener Nachfolger werden würde. Er könne nicht weiter in einem Wirkungskreis bleiben, der von Feindseligkeiten erfüllt sei. Jetzt habe er seinen Frieden.

**General Guillaumont in Mainz.**  
Paris, 17. Juli. General Guillaumont traf am Mittag in Mainz ein. Er scheint die Absicht zu haben, sich von den Truppen, die er bisher befehligte, zu verabschieden. Ueber die in Mainz ausgebrochene Regierungskrise, der auch der General zum Opfer fällt, dürfte eine Klärung in seinem Programm zur Folge haben, und es wäre nicht unmöglich, daß Guillaumont das Oberkommando in den Rheinlanden beibehalten würde.

**Der deutsche Ratstag.**  
London, 17. Juli. Nach dem diplomatischen Korrespondenten des "Daily Telegraph" haben britische und französische Juristen jetzt die vorbereitende und die Sonderuntersuchung der rechtlichen Frage beendet, ob die Wahl Deutschlands für einen ständigen Sitz im Völkerbund durch die Abwesenheit des spanischen und des brasilianischen Vertreters von der Ratstagung unmöglich machen würde. Die Juristen der zwei Nationen kamen zu der Schlussfolgerung, daß die Bedingung der Einmündigkeit, die in Art. 5 der Völkerbundstatute niedergelegt ist, erfüllt sein werde, vorausgesetzt, daß alle Mitglieder des Rates, die bei der betr. Sitzung anwesend seien, dem deutschen Antrag zustimmen. Spanische Wünsche nach einem ständigen Sitz werden ebenso, wie der Wunsch nach Einschluss der Tangersonne in Spanisch-Marokko für unerfüllbar erachtet.

**General de Costa in der Verbannung.**  
Lissabon, 16. Juli. General de Costa traf gestern nachmittags um 3 Uhr in seinem Verbannungsort Lissabon ein und wurde mit militärischen Ehren empfangen. Diese Tatsache allein beweist, daß alle umlaufenden Gerüchte über ein bevorstehendes Eintreffen Costas in Oporto zur Organisierung einer Gegenrevolte gegen Carnation unzutreffend sind.

**"Panzerkreuzer Potemkin" auch in Lettland verboten.**  
Riga, 17. Juli. Der sowjetische Propagandakrieg "Panzerkreuzer Potemkin", dessen Aufführung auch in Lettland geplant war, ist von einer aus Vertretern der verschiedenen Ministerien zusammengesetzten Kommission verboten worden.

**Verschiebung der bulgarisch-rumänischen Grenzunterschiede.**  
Wie aus Sofia berichtet wird, nehmen die Grenzunterschiede zwischen Rumänien und Bulgarien einen immer engeren Charakter an. Es zeigen sich Tendenzen an der rumänisch-bulgarischen Grenze. Wie die Sofioter Regierung behauptet, bereiten die Rumänen die Entbulgarisierung der Dobrudscha vor. Die Sofioter Regierung wünscht eine internationale Unterföhung der Vorgänge.

**Aus Stadt und Bezirk.**  
Neuenbürg, 18. Juli. (Eingeliefert.) Der Gedanke unferred Herrn Stadtvorstandes in Sachen der Festlichkeiten eine Einschränkung herbeizuführen, hat hier allgemeinen Anklang gefunden. Schade, daß dieser Ruf nicht schon früher erfolgt ist, nachdem die betr. Vorbereitungen und auch Festlichkeiten schon getroffen und durchgeführt sind. Es ist dies eine zwingende Notwendigkeit, der sich ein verständiger Mensch in keiner Weise entgegenstellen kann. In dieser Hinsicht ist es aber notwendig, daß jede Neugründung von Vereinen unterlassen wird, die dann wieder, wenn die Gründung gelingt, zur Vermeidung der Feste beiträgt. Die alten bestehenden Vereine verfolgen ja alle Ziele, die in Betracht kommen, und es ist daher jeden, auch dem "Berwörmsten", Gelegenheit geboten, seinen Beitrag zu betriebligen. Ueber meistens ist es hier der persönliche Egoismus, der den Ausschlag gibt und keine Rücksicht findet. Erfreulicherweise haben sich die Vereinsvorstände geriert auf den Standpunkt des Herrn Stadtvorstands gestellt, und es wäre mit Rechtigkeit dies zu erweisen, wenn hier der Vereinscharakter, das heißt die Achtung vor den Sachungen, gewahrt blieb. Ueber der Kammer kennt keine Grenzen. Wir haben ja Vereine, deren Arbeit im Dienst für die Allgemeinheit gemacht wird, aber leider muß festgestellt werden, daß es gerade die Organisations sind, die hierin den Vogel abschießen. Seit drei Jahren zeigt es sich, daß hier ein Wettstreit entbrannt ist zwischen den verschiedenen Dirigenten, der, wenn wir vom Ideellismus der Organisations ausgehen wollen, weit davon entfernt ist, sondern mehr zum Materialismus hinneigt. M. E. gehören Dirigent und Sänger zusammen, um etwas Ersprießliches zu leisten.

**Neue Ausschreibungen in Gernmersheim.**  
Gernmersheim, 17. Juli. Der Uebermut der Beschäftigten von Gernmersheim (dem mit den Vorfällen anlässlich des Bräutigams noch nicht erschöpft zu sein. Am 10. Juli wurde ein Arbeiter ohne jeden Anlaß von einem französischen Arbeiter in Anwesenheit mehrerer Mannschaften vom Aufzug herabgeworfen und geschlagen. Am 11. Juli nachmittags gegen 2 1/2 Uhr verließ eine ganze Klotte, etwa 20 französische

wurde mit 200 gegen 243 Stimmen abgelehnt. Die Minister verließen sofort den Saal. Das Abstimmungsresultat rief im Saal außerordentliche Erregung hervor. Ein Abgeordneter der Rechten rief: "Montag wird das Kabinett sterben auf 300 Leben." Die Kammer beschloß, am nächsten Dienstag eine neue Sitzung abzuhalten. Ueber die Nachfolge kann kein Zweifel bestehen; sie wird Briand angeboten werden, und dieser wird diesmal den Auftrag zur Regierungsbildung übernehmen müssen. Die Minister begaben sich noch heute Abend ins Elisee, um dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu überreichen.

**Briand will nicht mehr.**  
Paris, 17. Juli. Das Demissions schreiben der Minister des Kabinetts Briand ist sehr kurz gehalten. Es heißt darin, daß infolge der Abstimmung der Kammer die Mitglieder des Kabinetts nicht länger in der Lage seien, die Mission zu erfüllen, die ihnen der Präsident der Republik anvertraut hätte. Um 8 Uhr 15 trafen die Mitglieder des Kabinetts im Elisee ein und wurden vom Präsidenten sofort empfangen. Um 8 Uhr 40 verließ Caillaux als erster das Elisee. Er sagte zu den Journalisten: "Es gibt kein glücklicheres Gefühl als das meine." Briand blieb bis 9 Uhr beim Präsidenten der Republik. Er erklärte sodann den Journalisten, daß er um keinen Preis eine neue Regierung bilden werde. Niemand dürfe die Hoffnung hegen, daß er sein eigener Nachfolger werden würde. Er könne nicht weiter in einem Wirkungskreis bleiben, der von Feindseligkeiten erfüllt sei. Jetzt habe er seinen Frieden.

**General Guillaumont in Mainz.**  
Paris, 17. Juli. General Guillaumont traf am Mittag in Mainz ein. Er scheint die Absicht zu haben, sich von den Truppen, die er bisher befehligte, zu verabschieden. Ueber die in Mainz ausgebrochene Regierungskrise, der auch der General zum Opfer fällt, dürfte eine Klärung in seinem Programm zur Folge haben, und es wäre nicht unmöglich, daß Guillaumont das Oberkommando in den Rheinlanden beibehalten würde.

**Der deutsche Ratstag.**  
London, 17. Juli. Nach dem diplomatischen Korrespondenten des "Daily Telegraph" haben britische und französische Juristen jetzt die vorbereitende und die Sonderuntersuchung der rechtlichen Frage beendet, ob die Wahl Deutschlands für einen ständigen Sitz im Völkerbund durch die Abwesenheit des spanischen und des brasilianischen Vertreters von der Ratstagung unmöglich machen würde. Die Juristen der zwei Nationen kamen zu der Schlussfolgerung, daß die Bedingung der Einmündigkeit, die in Art. 5 der Völkerbundstatute niedergelegt ist, erfüllt sein werde, vorausgesetzt, daß alle Mitglieder des Rates, die bei der betr. Sitzung anwesend seien, dem deutschen Antrag zustimmen. Spanische Wünsche nach einem ständigen Sitz werden ebenso, wie der Wunsch nach Einschluss der Tangersonne in Spanisch-Marokko für unerfüllbar erachtet.

**General de Costa in der Verbannung.**  
Lissabon, 16. Juli. General de Costa traf gestern nachmittags um 3 Uhr in seinem Verbannungsort Lissabon ein und wurde mit militärischen Ehren empfangen. Diese Tatsache allein beweist, daß alle umlaufenden Gerüchte über ein bevorstehendes Eintreffen Costas in Oporto zur Organisierung einer Gegenrevolte gegen Carnation unzutreffend sind.

**"Panzerkreuzer Potemkin" auch in Lettland verboten.**  
Riga, 17. Juli. Der sowjetische Propagandakrieg "Panzerkreuzer Potemkin", dessen Aufführung auch in Lettland geplant war, ist von einer aus Vertretern der verschiedenen Ministerien zusammengesetzten Kommission verboten worden.

**Verschiebung der bulgarisch-rumänischen Grenzunterschiede.**  
Wie aus Sofia berichtet wird, nehmen die Grenzunterschiede zwischen Rumänien und Bulgarien einen immer engeren Charakter an. Es zeigen sich Tendenzen an der rumänisch-bulgarischen Grenze. Wie die Sofioter Regierung behauptet, bereiten die Rumänen die Entbulgarisierung der Dobrudscha vor. Die Sofioter Regierung wünscht eine internationale Unterföhung der Vorgänge.

**Aus Stadt und Bezirk.**  
Neuenbürg, 18. Juli. (Eingeliefert.) Der Gedanke unferred Herrn Stadtvorstandes in Sachen der Festlichkeiten eine Einschränkung herbeizuführen, hat hier allgemeinen Anklang gefunden. Schade, daß dieser Ruf nicht schon früher erfolgt ist, nachdem die betr. Vorbereitungen und auch Festlichkeiten schon getroffen und durchgeführt sind. Es ist dies eine zwingende Notwendigkeit, der sich ein verständiger Mensch in keiner Weise entgegenstellen kann. In dieser Hinsicht ist es aber notwendig, daß jede Neugründung von Vereinen unterlassen wird, die dann wieder, wenn die Gründung gelingt, zur Vermeidung der Feste beiträgt. Die alten bestehenden Vereine verfolgen ja alle Ziele, die in Betracht kommen, und es ist daher jeden, auch dem "Berwörmsten", Gelegenheit geboten, seinen Beitrag zu betriebligen. Ueber meistens ist es hier der persönliche Egoismus, der den Ausschlag gibt und keine Rücksicht findet. Erfreulicherweise haben sich die Vereinsvorstände geriert auf den Standpunkt des Herrn Stadtvorstands gestellt, und es wäre mit Rechtigkeit dies zu erweisen, wenn hier der Vereinscharakter, das heißt die Achtung vor den Sachungen, gewahrt blieb. Ueber der Kammer kennt keine Grenzen. Wir haben ja Vereine, deren Arbeit im Dienst für die Allgemeinheit gemacht wird, aber leider muß festgestellt werden, daß es gerade die Organisations sind, die hierin den Vogel abschießen. Seit drei Jahren zeigt es sich, daß hier ein Wettstreit entbrannt ist zwischen den verschiedenen Dirigenten, der, wenn wir vom Ideellismus der Organisations ausgehen wollen, weit davon entfernt ist, sondern mehr zum Materialismus hinneigt. M. E. gehören Dirigent und Sänger zusammen, um etwas Ersprießliches zu leisten.

**Neue Ausschreibungen in Gernmersheim.**  
Gernmersheim, 17. Juli. Der Uebermut der Beschäftigten von Gernmersheim (dem mit den Vorfällen anlässlich des Bräutigams noch nicht erschöpft zu sein. Am 10. Juli wurde ein Arbeiter ohne jeden Anlaß von einem französischen Arbeiter in Anwesenheit mehrerer Mannschaften vom Aufzug herabgeworfen und geschlagen. Am 11. Juli nachmittags gegen 2 1/2 Uhr verließ eine ganze Klotte, etwa 20 französische

wurde mit 200 gegen 243 Stimmen abgelehnt. Die Minister verließen sofort den Saal. Das Abstimmungsresultat rief im Saal außerordentliche Erregung hervor. Ein Abgeordneter der Rechten rief: "Montag wird das Kabinett sterben auf 300 Leben." Die Kammer beschloß, am nächsten Dienstag eine neue Sitzung abzuhalten. Ueber die Nachfolge kann kein Zweifel bestehen; sie wird Briand angeboten werden, und dieser wird diesmal den Auftrag zur Regierungsbildung übernehmen müssen. Die Minister begaben sich noch heute Abend ins Elisee, um dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu überreichen.

**Briand will nicht mehr.**  
Paris, 17. Juli. Das Demissions schreiben der Minister des Kabinetts Briand ist sehr kurz gehalten. Es heißt darin, daß infolge der Abstimmung der Kammer die Mitglieder des Kabinetts nicht länger in der Lage seien, die Mission zu erfüllen, die ihnen der Präsident der Republik anvertraut hätte. Um 8 Uhr 15 trafen die Mitglieder des Kabinetts im Elisee ein und wurden vom Präsidenten sofort empfangen. Um 8 Uhr 40 verließ Caillaux als erster das Elisee. Er sagte zu den Journalisten: "Es gibt kein glücklicheres Gefühl als das meine." Briand blieb bis 9 Uhr beim Präsidenten der Republik. Er erklärte sodann den Journalisten, daß er um keinen Preis eine neue Regierung bilden werde. Niemand dürfe die Hoffnung hegen, daß er sein eigener Nachfolger werden würde. Er könne nicht weiter in einem Wirkungskreis bleiben, der von Feindseligkeiten erfüllt sei. Jetzt habe er seinen Frieden.

**General Guillaumont in Mainz.**  
Paris, 17. Juli. General Guillaumont traf am Mittag in Mainz ein. Er scheint die Absicht zu haben, sich von den Truppen, die er bisher befehligte, zu verabschieden. Ueber die in Mainz ausgebrochene Regierungskrise, der auch der General zum Opfer fällt, dürfte eine Klärung in seinem Programm zur Folge haben, und es wäre nicht unmöglich, daß Guillaumont das Oberkommando in den Rheinlanden beibehalten würde.

**Der deutsche Ratstag.**  
London, 17. Juli. Nach dem diplomatischen Korrespondenten des "Daily Telegraph" haben britische und französische Juristen jetzt die vorbereitende und die Sonderuntersuchung der rechtlichen Frage beendet, ob die Wahl Deutschlands für einen ständigen Sitz im Völkerbund durch die Abwesenheit des spanischen und des brasilianischen Vertreters von der Ratstagung unmöglich machen würde. Die Juristen der zwei Nationen kamen zu der Schlussfolgerung, daß die Bedingung der Einmündigkeit, die in Art. 5 der Völkerbundstatute niedergelegt ist, erfüllt sein werde, vorausgesetzt, daß alle Mitglieder des Rates, die bei der betr. Sitzung anwesend seien, dem deutschen Antrag zustimmen. Spanische Wünsche nach einem ständigen Sitz werden ebenso, wie der Wunsch nach Einschluss der Tangersonne in Spanisch-Marokko für unerfüllbar erachtet.

**General de Costa in der Verbannung.**  
Lissabon, 16. Juli. General de Costa traf gestern nachmittags um 3 Uhr in seinem Verbannungsort Lissabon ein und wurde mit militärischen Ehren empfangen. Diese Tatsache allein beweist, daß alle umlaufenden Gerüchte über ein bevorstehendes Eintreffen Costas in Oporto zur Organisierung einer Gegenrevolte gegen Carnation unzutreffend sind.

**"Panzerkreuzer Potemkin" auch in Lettland verboten.**  
Riga, 17. Juli. Der sowjetische Propagandakrieg "Panzerkreuzer Potemkin", dessen Aufführung auch in Lettland geplant war, ist von einer aus Vertretern der verschiedenen Ministerien zusammengesetzten Kommission verboten worden.

**Verschiebung der bulgarisch-rumänischen Grenzunterschiede.**  
Wie aus Sofia berichtet wird, nehmen die Grenzunterschiede zwischen Rumänien und Bulgarien einen immer engeren Charakter an. Es zeigen sich Tendenzen an der rumänisch-bulgarischen Grenze. Wie die Sofioter Regierung behauptet, bereiten die Rumänen die Entbulgarisierung der Dobrudscha vor. Die Sofioter Regierung wünscht eine internationale Unterföhung der Vorgänge.

**Aus Stadt und Bezirk.**  
Neuenbürg, 18. Juli. (Eingeliefert.) Der Gedanke unferred Herrn Stadtvorstandes in Sachen der Festlichkeiten eine Einschränkung herbeizuführen, hat hier allgemeinen Anklang gefunden. Schade, daß dieser Ruf nicht schon früher erfolgt ist, nachdem die betr. Vorbereitungen und auch Festlichkeiten schon getroffen und durchgeführt sind. Es ist dies eine zwingende Notwendigkeit, der sich ein verständiger Mensch in keiner Weise entgegenstellen kann. In dieser Hinsicht ist es aber notwendig, daß jede Neugründung von Vereinen unterlassen wird, die dann wieder, wenn die Gründung gelingt, zur Vermeidung der Feste beiträgt. Die alten bestehenden Vereine verfolgen ja alle Ziele, die in Betracht kommen, und es ist daher jeden, auch dem "Berwörmsten", Gelegenheit geboten, seinen Beitrag zu betriebligen. Ueber meistens ist es hier der persönliche Egoismus, der den Ausschlag gibt und keine Rücksicht findet. Erfreulicherweise haben sich die Vereinsvorstände geriert auf den Standpunkt des Herrn Stadtvorstands gestellt, und es wäre mit Rechtigkeit dies zu erweisen, wenn hier der Vereinscharakter, das heißt die Achtung vor den Sachungen, gewahrt blieb. Ueber der Kammer kennt keine Grenzen. Wir haben ja Vereine, deren Arbeit im Dienst für die Allgemeinheit gemacht wird, aber leider muß festgestellt werden, daß es gerade die Organisations sind, die hierin den Vogel abschießen. Seit drei Jahren zeigt es sich, daß hier ein Wettstreit entbrannt ist zwischen den verschiedenen Dirigenten, der, wenn wir vom Ideellismus der Organisations ausgehen wollen, weit davon entfernt ist, sondern mehr zum Materialismus hinneigt. M. E. gehören Dirigent und Sänger zusammen, um etwas Ersprießliches zu leisten.

**Neue Ausschreibungen in Gernmersheim.**  
Gernmersheim, 17. Juli. Der Uebermut der Beschäftigten von Gernmersheim (dem mit den Vorfällen anlässlich des Bräutigams noch nicht erschöpft zu sein. Am 10. Juli wurde ein Arbeiter ohne jeden Anlaß von einem französischen Arbeiter in Anwesenheit mehrerer Mannschaften vom Aufzug herabgeworfen und geschlagen. Am 11. Juli nachmittags gegen 2 1/2 Uhr verließ eine ganze Klotte, etwa 20 französische





primaten Personen verursacht worden ist. Von diesem Schaden sind wiederum 774 000 Mark für Beihilfen angemeldet worden. Hier handelt es sich um Geschädigte, die einfach nicht in der Lage sind, den Schaden allein zu tragen. Ihnen muß unter allen Umständen beigestanden werden. Die zur Verfügung stehenden staatlichen und sonstigen Mittel reichen aber nicht aus, um ihnen eine wirksame Hilfe bringen zu können. Es ist daher sehr bedauerlich, daß für die durch Hochwasser und Unwetter Geschädigten in Württemberg bis jetzt so wenig freiwillige Spenden eingegangen sind, so bei der Hauptversammlung der Zentralstelle für Wohltätigkeit in Württemberg, nur 6000 Mark. Wir bitten dringend alle diejenigen, die etwas geben können, sich doch ihrer unverschuldet in schwere Bedrängnis geratenen Landsleute zu erinnern und einen Beitrag, wenn er auch klein ist, abzugeben entweder bei der Geschäftsstelle dieses Blattes oder bei der Zentralstelle für Wohltätigkeit in Württemberg, Stuttgart, Hallerstr. 29 (Postfachkonto 2825) bei den Bezirkswohltätigkeitsvereinen des Landes (Oberamtsbezirken) oder bei den durch Blauk Lentzlich gemachten Sammelstellen.

**Das Disziplinurteil gegen die Studenten.**

Hannover, 18. Juli. Am Samstag fand die Urteilsverkündung in der Disziplinargeschichte gegen die Studenten anlässlich des Falles Velling durch Rektor und Senat der Technischen Hochschule Hannover statt. Es wurden folgende Urteile ausgesprochen: Einen Verweis von Rektor und Senat erhalten die Studenten, deren Teilnahme an den Demonstrationen durch Abnahme der Ausweisarten festgestellt worden ist. Auf Anordnung des Ausschusses wurde erkannt gegen die Leiter der Bewegung. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß Rektor und Senat die Berufung für die elf Angeklagten an den Minister weitergeleitet haben mit der Bitte um Strafmilderung.

**Unfallsicherheit in der Magdeburger Morbaffäre.**

Die Magdeburger Morbaffäre bleibt nach wie vor unsicher. Die Magdeburger Kriminalpolizei hält den Industriellen Doos nach wie vor der Beteiligung an der Tat für dringlich verdächtig; die Berliner Polizei glaubt nicht daran. Eine Haftbefehlsgewalt des Verteidigers ist von der Strafkammer abgewiesen worden. Die Strafkammer stellt sich offenbar auf denselben Standpunkt, auf welchem die Magdeburger Kriminalpolizei steht, daß nämlich die bisherige Untersuchung die schwerwiegendsten Verdachtsmomente gegen Doos nicht zu zerstreuen vermochte, daß vielmehr die Feststellung eine Verdunkelungsgefahr herauszuschälen könnte.

**Die Stärke der internationalen Militärkontrollkommission.**

die durch die letzten Noten des Generals Walsh wieder einmal in den Vordergrund des Interesses gerückt ist, beträgt zurzeit immer noch 37 Offiziere, von denen 14 Franzosen, 11 Engländer, 6 Italiener, und 4 Belgier und 2 Japaner sind. Unter diesen befinden sich 4 Generale. Alle diese Offiziere gehören der Hauptkommission in Berlin an, nachdem die letzten beiden

Zweigstellen in München und Königsberg Anfang Juni aufgelöst worden sind.

**Spaltung im Stahlhelm.**

Berlin, 18. Juli. Im Stahlhelm trieb es seit einiger Zeit wegen eines Konflikts, der in den mitteldeutschen Stahlhelm-Verbänden ausgebrochen ist. Der Konflikt hat jetzt zu einer Scheidung der Geister geführt. In Braunschweig, wo der Streit seinen Anfang nahm, hatten sich 1500 Mitglieder des Stahlhelms mit ihren Unterführern gegen die Gauleiter Uhlenshaut gewandt, da ihrer Ansicht nach durch sein Verschulden ein großes Defizit beim Bau eines Wohnhausblocks für Stahlhelmangehörige entstanden sei. Der Bundesleiter des Stahlhelms, Seidte in Magdeburg, stellte sich jedoch hinter Uhlenshaut, worauf die 1500 Stahlhelmlaute mit ihren Kameradschaftsführern sich von Seidte abwandten und sich somit vom Stahlhelm lösteten. Kummert haben die ausgeschiedenen Kameradschaftsführer bei der Braunschweiger Staatsanwaltschaft den Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen Uhlenshaut wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder und wegen Verleitung zum Meineid gestellt. Die Verhandlungen zur Gründung eines neuen Stahlhelmverbandes sind nach der „Kölnischen Zeitung“ bereits weit fortgeschritten. Der neue Bund soll Stahlhelm e. V. firmieren und alle Mitglieder im Lande Braunschweig und im Deutschland umfassen, die der Politik Uhlenshaut-Seidte nicht mehr folgen können.

**Eine Herausforderung Brauns.**

Berlin, 18. Juli. Der Vorsitzende der Rheinischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Vömin, hat vor kurzem in einem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten ausgesprochen, daß die rheinische Landwirtschaft seit fast zwei Monaten vergeblich auf irgendwelche Erklärung oder Begründung für das Vorgehen der Staatsregierung gegen den Verfasser des Briefes in der Angelegenheit der preussischen Disziplinarkommission warte. Gleichzeitig war dem Ministerpräsidenten nahegelegt worden, zur Klärung verdrängter berechtigter Wünsche der rheinischen Landwirtschaft doch bald einmal persönlich an einer Sitzung des Vorstandes der Rheinischen Landwirtschaftskammer teilzunehmen. Ministerpräsident Brauns hat jetzt antwortet lassen, daß er zwar gerne bereit sei, diesen Wunsch nachzukommen, daß er aber angesichts der Angriffe, die Freiherr von Vömin wegen der bei ihm erfolgten Konduktion gegen die Staatsregierung gerichtet habe, nur dann seinen Besuch verwirklichen könne, wenn dieser nicht auf Einladung des Freiherrn von Vömin erfolge und die Sitzung der Landwirtschaftskammer nicht unter Vömins Vorsitz stattfinden.

**Deutscher Einspruch in Paris.**

Berlin, 18. Juli. Nachdem die Untersuchung der französischen Ausschreitungen in Germersheim nunmehr endlich abgeschlossen ist, sieht, wie wir erfahren, zu erwarten, daß sowohl der Rheinlandkommissar Freiherr Langwert von Simmern in

Koblenz, wie auch der deutsche Botschafter von Hüh in Paris wahrscheinlich schon am Montag, diplomatische Schritte unternehmen, um eine Erledigung dieses Falles in die Wege zu leiten, sowie einer Wiederholung ähnlicher Konflikte möglichst vorzubeugen. Bei dieser Gelegenheit muß übrigens bemerkt werden, daß die Langsamkeit, mit der die amtlichen deutschen Stellen gearbeitet haben, schwer erträglich erscheint. Es ist ja sicher sehr wesentlich, daß eine solche Untersuchung zur Stützung unseres Einspruchs mit großer Gewandtheit durchgeführt wird. Trotzdem dürfte es unseres Erachtens in gleichen Fällen nicht vorzukommen, daß erst eine Anzahl von Tagen vergeht, bis überhaupt ein erster Bericht vorliegt, und dann wiederum mehrere Tage, bis der zweite abschließende Bericht eintrifft. Wir halten es auch nicht für praktisch, daß bei solchen Angelegenheiten von stark außenpolitischer Färbung dieser abschließende Bericht nicht direkt beim Auswärtigen Amt in Berlin eingereicht wird, sondern, wie in diesem Fall, erst nach München geschickt wird und dann durch Übermittlung des Sachverhaltes auf dem Wege über die bayerische Gesandtschaft in Berlin ein weiterer Zeitverlust entsteht.

**Herriot beauftragt.**

Paris, 18. Juli. Herriot wurde, wie vorauszusagen war, mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und hat den Kabinettsangehörigen mitgeteilt, daß seine Schritte zur Kabinettsbildung heute Abend beendet sind und wird am 19. Juli über das Ergebnis seiner Verhandlungen berichten. Man erwartet ein Konzentrationskabinet, das sich von Blum bis Herriot erstrecken würde. Die Sozialisten werden mit in dem Kabinet vertreten sein, dürften aber grundsätzlich wieder ausgespart sein, in die Unterrichtsministerien einzutreten. Man erhofft in einer Unterredung, daß er den Augenblick für die Bildung eines nationalen Ministeriums für gekommen halte. Seine Gruppe sei bereit, ihn in das neue Kabinet zu befragen. Eine Einigung mit den Sozialisten auf Grund eines gemeinsamen Programms sei möglich. Selbstverständlich müssen von beiden Seiten gewisse Zugeständnisse gemacht werden.

**Vickensfeld. Ein eheliches, braves Mädchen**

für Küche und etwas Landwirtschaft, auch zum Servieren, sofort bei guter Behandlung und hohem Lohn gesucht. **W. H. H. zum Löwen.**

**Stempel-Riffen und Stempel-Farbe** stets vorrätig in der **C. Neeh'schen Buchdruck.** Inh.: D. Strom.

**Handwerkskammerwahl 1926.**

Die für die bevorstehende Handwerkskammerwahl eingereichten Anmeldungen bzw. Mitgliederverzeichnisse sind vom 10. bis 26. Juli ds. Jrs., je einschließlich, auf dem Oberamt (Zimmer Nr. 5) zur öffentlichen Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche aufgelegt.

Neuenbürg, den 16. Juli 1926.

Oberamt: Amtmann Dr. H. F. K.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Sitzung d. Gemeinderats am Dienstag den 20. Juli, abends 8 Uhr.

**Tagesordnung:**

1. Voranschlag der Stadtpflege 1926.
2. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knobel.

Disiten-Karten liefert rasch und billig C. Neeh'sche Buchdruckerei.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das **Schwimmbad** Dienstags und Donnerstags nachm. von 1 bis 4 Uhr ausschließlich weiblichen Gästen vorbehalten ist. Schulkinder ausgenommen. Zusammenkünfte werden unannehmlich festgestellt und als grober Unfug bestraft.

Stadtschultheiß Knobel.

**Gemeinde Dennaich.**

**Bergebung von Anstricharbeiten.**

Die Gemeinde Dennaich hat den Anstrich der Verschindelung des Rathauses zu vergeben.

Angebote auf Uebernahme der Arbeit wollen bis **Donnerstag den 22. ds. Mts.** beim Schultheißenamt abgegeben werden.

Den 19. Juli 1926.

Schultheißenamt.

Hochmühle (Ottenshausen), 18. Juli 1926.

**Codes-Anzeige.**

Tiefbetrübt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

**Christian Bözner, Bauer,**

heute morgen nach kurzem, aber schweren Leiden im Alter von 64 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Die Gattin: **Rosine Bözner**, geb. Frommer, mit Kindern und Enkelkindern.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 4 Uhr.

Wer verkaufen will, muß inserieren.

**Der Kölner Dom in Gefahr!**

Das hervorragendste nationale Kunstdenkmal auf deutschem Boden, das Wahrzeichen deutscher Einigkeit, ist bedroht. Sein Gestein hält nicht stand. Die Beschäden werden täglich größer. Mit kleinen Mitteln kann nicht mehr geholfen werden, wenn nicht aus der bisherigen Abwärtsgelahr einzelner Teile eine Einsturzgefahr für konstruktiv wichtige Bauteile entstehen soll. Es handelt sich jetzt darum, ob wir das Nationaldenkmal am deutschen Strome erhalten oder verfallen lassen wollen.

**Der Zentral-Dombau-Verein**

rafft alle Kreise und Schichten des deutschen Volkes an. Denn trotz der Not der Zeit ist die unversicherte Erhaltung des Domes eine Ehrenpflicht des ganzen deutschen Volkes, der es sich nicht entziehen kann, ohne sich selbst aufzugeben.

**Tretet dem Dombau-Verein bei!**

Unser Ruf geht zunächst an die Kölner, die den Dom in ihren Mauern bergen und stets seine opferfreudigsten Freunde und Hüter waren.

Aldann an die übrigen Rheinländer, denen Dom und Strom die untrennbaren ewigen Symbole der Heimat und des Glückes sind.

Schließlich an das ganze deutsche Volk, das sich dem treuen Wächter am deutschen Rheine gerade jetzt, wo er ihm wieder gesichert ist, in alter Liebe und neuer Begeisterung zuwenden wird.

**Für den Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins:**

- Karl Josef Kardinal Schulte**, Erzbischof von Köln, Ehrenvorsitzender.
- Reichsminister a. D. Dr. Frenken**, Präsident.
- Konsul Heinr. Maus**, Kommerzienrat **Alfred Neven-DuMont**, Geh. u. Oberbaurat **Hertel**, stellv. Präsident, Schriftführer, Dombaumeister.
- Kommerzienrat Dr. Ahn**, Dompropst **Dr. Middendorf**, Erzdiozessanbaurat **Renard**, **Jacob Schmitz-Valkenberg**, Bankdirektor **Wilhelm Schmitz**.

Vorstehendem Aufruf schließen wir uns mit der Bitte an, recht zahlreich Mitglied des Zentral-Dombau-Vereins zu Köln zu werden. Kölner, Rheinländer, Deutsche, werdet alle Mitglied und helft dadurch, den Kölner Dom zu retten!

- Dr. h. c. Adenauer**, Oberbürgermeister von Köln.
- Dr. h. c. Fuchs**, Oberpräsident der Rheinprovinz.
- Dr. h. c. Horion**, Landeshauptmann der Rheinprovinz.

Der Mindestbeitrag für Vereinsmitglieder beträgt Mk. 3.—. Beitrittsanmeldungen sind zu richten an das Sekretariat des Zentral-Dombau-Vereins e. V., Köln, Dombauhütte. Geldspenden und Mitgliedsbeiträge werden erbeten auf das Postcheckkonto des Vereins: Köln Nr. 88169.

**Groß-Wöbel-Freihand-Verkauf.**

Von Dienstag den 20. bis einschließl. Dienstag den 27. ds. Mts. verkaufe ich freihändig im Auftrag im Versteigerungslokal der „Centrale“, Pforzheim, Gymnasiumstraße 10: 21. n. n. pol. Schränke statt 95.— nur 70.— A.; verschiedene neue, gut erhalt. gebrauchte Schränke, weißer Spiegelschrank, 2t. n. n. antik. pol. Schrank 100 cm, ein kompl. hell eichen laq. Schlafzimmer mit 2 Kisten, Schoner, Wollmatratzen und Federbetten 320.— A., Schreibtisch mit Aufsatz 25.— A., großer Büro-Schreibtisch mit 4 Schubladen und 2 Kollabenschränkchen, Schreibstisch, 2 Schreibmaschinen (Marke „Regent“ und „Holt“); sah neues schwarz pol. Plans mit herrlichem Ton; verschiedene Waschtische mit Marmor; eine Renaissance-Garnitur, grüne Büschelputzierung, schwarz pol. oval. Tisch, Sofa, 6 Sessel und schwarz pol. Bertilo; Klaviersofa mit Büsch und ein mit Kobelinbezug; hochh. pol. Bettstelle mit Polsterkopf, Schoner und Wollmatratzen, niedere pol. Bettst. mit Kopf, mehrere Nachttische, eichen Büffel und Kredenz; Berufszeugenisch zu 65.— A., Waschtilette, schwar. Ferd. Gasherd, 4fl. n. n. Gasbadofen, Gasofen, Rinderschreibpult, Rinderbadewanne, Dezimalwaage, Fischquartum. Ferner: Herren-Oberhemden, Seidenjumper, Herren- und Kinderjokten und vieles andere. Verkaufszeit von morgens 9 bis abends 7 Uhr ununterbrochen.

**H. Schöttle, Pforzheim, Tel. 2165.**

Aufträge für Kommissionswaren, Versteigerungen, Schätzungen werden entgegengenommen.

W. Forstamt Langenbrand

**Nadelstammholz-Verkauf.**

Am Dienstag, 8. August, vormittags 9 1/2 Uhr, in Waldrennau im Gasth. z. „Nöble“ aus dem neuen Forstbezirk: 1047 Zi., 3846 La., 270 Fu. mit Fm. Langh.: 109 I., 411 II., 1010 III., 696 IV., 497 V., 168 VI. Säuh.: 24 I., 56 II., 19 III. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. D. Stuttgart.

W. Forstamt Dirsau.

**Beigeholz-Verkauf.**

Am Freitag den 23. Juli, vorm. 9 1/2 Uhr, im „Waldhorn“ in Dirsau aus Staatswald Altsburgerberg u. Lügenhardt Km.: Eich. 1 Aug.: Buch.: 1 Schtr., 29 Prgl.; Nadelh.: 46 Prgl., 309 Ausschuh. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. D. Stuttgart.

**4000 Mark**

werden sofort oder bis 1. September von einem pflanzlichen Bindegabel auf 1. Forstbezirk aufzunehmen gesucht. Angebote unter Nr. 258 in die „Langt.“ (Gesetzblatt) erbeten.

**Hand-Datumsstempel**

für Kanzleien und Büros sofort lieferbar.

C. Neeh'sche Buchdruckerei.

**Sekt**

**Hentell, Rebler, Ahrpals-Sekt** empfiehlt billigst **Friedr. Knöller**, Weinhandlung, Hohen a. G.

